



Suad Semic

Die Brandschutzdokumentation

Unterlagen für Planung, Errichtung und Betrieb von Gebäuden zum Nachweis eines ausreichenden Brandschutzes

- für erfahrene Praktiker und für Quereinsteiger bzw. Berufseinsteiger gleichermaßen
- die baurechtlichen und sonstigen
 Vorschriften sind aufgeführt und erläutert
- das Buch hilft, Probleme mit dem Brandschutz im Vorfeld von Baumaßnahmen zu erkennen und zu klären

Der Brandschutz von Gebäuden erfährt besondere Beachtung und ist erschöpfend nachzuweisen und in allen Lebensphasen zu dokumentieren. Die Brauchbarkeit der Nachweise ist gesichert, wenn die Brandschutzdokumentation gemäß diesem Leitfaden aus baupraktischer Sicht erstellt wird.

BESTELLEN

+49 (0)30 470 31-236 marketing@ernst-und-sohn.de www.ernst-und-sohn.de/3311



1/2022 · ca. 386 Seiten · ca. 70 Abbildungen · ca. 100 Tabellen

Softcover

ISBN 978-3-433-03311-1 ca. € 59*

eBundle (Softcover + ePDF)

ISBN 978-3-433-03312-8 ca. € 85*

Bereits vorbestellbar.

ÜBER DAS BUCH

Das vorliegende Buch gibt eine Handlungsanleitung für die Erstellung der Brandschutzdokumentation als umfassende und strukturierte Informationsquelle in allen Lebensphasen eines Gebäudes und hilft sinnvolle Entscheidungen zu treffen. In der Praxis zeigt sich, dass Brandschutzdokumentationen häufig mangelhaft oder unvollständig sind oder gar nicht existieren. Da Sicherheit jedoch an erster Stelle steht und erschöpfend nachgewiesen werden muss, ist dem Brandschutz von Gebäuden besondere Beachtung zu schenken.

Die Brandschutzdokumentation im bauordnungsrechtlichen Sinn umfasst alle Unterlagen, die zur Durchführung von Planungs- und Bauleistungen erforderlich sind und im Genehmigungsverfahren, im Zuge der Planung, Bauausführung und Bauabnahme erstellt werden oder vorliegen müssen. Diese sind dem Bauherrn zu übergeben und während des Betriebes fortzuführen. Eine gut geführte Brandschutzdokumentation ist mehr als ein Nachweis – sie ist eine Gebrauchsanleitung für Nutzung und Betrieb und ein Nachschlagewerk um gewünschte

Änderungen hinsichtlich der Genehmigungsfähigkeit, erforderlicher Anpassungen und somit des Aufwands zielsicher abzuschätzen. Sie trägt dazu bei, die ausgeführten Brandschutzmaßnahmen zu verstehen.

Für die Baupraxis wird unter Berücksichtigung der formellen und materiellen Anforderungen aufgezeigt, welche Vorschriften bezüglich der Unterlagen bestehen, welche Probleme es erfahrungsgemäß gibt und wie sie sich im Vorfeld lösen lassen. Dabei wird auf die jeweiligen öffentlich-rechtlichen Vorschriften und sonstigen Bestimmungen themenspezifisch eingegangen. Für länderspezifische Vorschriften erfolgt die Erläuterung anhand der bayerischen Regelwerke, die Vorschriften in den anderen Bundesländern sind vergleichbar. Verbindliche Vordrucke (z. B. Bescheinigungen, Bestätigungen, Übereinstimmungserklärungen), Deckblätter (z. B. Zulassungen, Prüfzeugnisse, Klassifizierungsberichte, ETAs), Tabellen, Anwendungsbeispiele, Berechnungen usw. sind Bestandteile dieses Handbuchs.

Das Buch ist ein Leitfaden für alle Beteiligten: Bauingenieure, Architekten, Bauträger und Bauherren, Baubehörden – für Planung, Prüfung, Bauausführung, Abnahme, Inbetriebnahme in Neubau und Bestand.

BESTELLUNG

Anzahl		ISBN /	Titel	Preis	
		978-3-433-03311-1	Die Brandschutzdokumentation []	ca. € 59*	
		978-3-433-03312-8	Die Brandschutzdokumentation [] (eBundle)	ca. € 85*	

	Privat	Geschäftlich			
Bitte richten Sie Ihre Bestellung an: Tel. +49 (0)30 47031-236	Firma, Abteilung		UST-ID Nr.		
Fax +49 (0)30 47031-240 marketing@ernst-und-sohn.de	Name, Vorname		Telefon	Fax	
	Straße, Nr.				
	PLZ/Ort/Land		E-Mail		

www.ernst-und-sohn.de/3311

Datum/Unterschrift

Über den Autor

M.Eng. (FH) Suad Semic ist Brandschutzingenieur und -sachverständiger bei Ingenieurbüro Kersken + Kirchner in München seit 2008. Der Autor studierte Bauingenieurwesen und erhielt 2012 an der Fachhochschule Kaiserslautern seinen Master of Engineering Vorbeugender Brandschutz.

Seine berufliche Laufbahn begann er im Bereich Planung, Oberbauleitung und Objektüberwachung Brandschutz. Im Rahmen dieser Tätigkeit hat der Autor in den Bereichen

- · Bauüberwachung nach Art. 77 BayBO,
- Bauprüfverfahren nach § 19 PrüfVBau, Bescheinigung Brandschutz I und II,
- bautechnische Nachweise nach Art. 62 BayBO,
- Bauprodukte-/arten nach BayBO und EU-BauPVO,
- Qualitätssicherung nach HOAI und AHO-Schriftenreihe Nr. 17,
- · Brandschutzdokumentation zum Nachweis eines ausreichenden Brandschutzes

einen hohen Sachverstand erlangt.

Der Autor hat das Thema "Die Brandschutzdokumentation" gewählt, da er in seiner Berufspraxis ständig mit fehlenden, unzureichenden und fehlerhaften Unterlagen zu Brandschutz konfrontiert ist. Dabei stellt er immer wieder erhebliche Wissenslücken bei den am Bau Beteiligten hinsichtlich der Pflichten und rechtlichen Grundlagen in Bezug auf die Anfertigung und Bereitstellung von Unterlagen fest. Damit hat er ein wesentliches Problem in (der brandschutztechnischen) Baupraxis aufgegriffen.

Bedanken möchte ich mich bei Frau Dr. Ing. Marita Kersken-Bradley und meinen Kollegen, die es mir ermöglicht haben, im Ingenieurbüro Kersken + Kirchner vielfältige Erfahrungen zu sammeln, um dieses Handbuch auf den Weg zu bringen. Ebenfalls herzlichen Dank richte ich an die Ministerien, Institute und Ingenieurbüros für die zur Verfügung gestellten Unterlagen.

Und das gleiche bin ich auch meinem lieben Sohn Erwin schuldig: ganz innigsten Dank auszusprechen für die Ermutigung und die liebevolle Förderung in jeder Hinsicht.

Vorwort

Weil Sicherheit immer an erster Stelle steht und erschöpfend nachgewiesen werden muss, ist in Gebäuden der Brandschutzdokumentation besondere Beachtung zu schenken. Von den brauchbaren Nachweisen kann nur dann ausgegangen werden, wenn die konkreten Brandsicherheitsbedingungen, die in diesem Handbuch erläutert sind, eingehalten werden.

§ 16 der Bauvorlagenverordnung begründet für den Bauherrn und dessen Rechtsnachfolger eine Aufbewahrungspflicht – bis zur Beseitigung der baulichen Anlagen oder einer in der Genehmigungsfrage insgesamt neu aufzuwerfenden Änderung oder Nutzungsänderung – hinsichtlich aller für das Bauvorhaben relevanten Unterlagen und bei einer rechtsgeschäftlichen Veräußerung des Bauvorhabens die Unterlagen an den jeweiligen Rechtsnachfolger weiterzugeben. In diesem Handbuch geht es ausschließlich um brandschutztechnische Aspekte und die Konsequenz daraus.

Daraus folgt, dass die Brandschutzdokumentation ein wesentlicher Bestandteil der Gebäudedokumentation ist; sie umfasst alle brandschutzrelevanten Unterlagen, die der Planung und Errichtung eines Gebäudes zugrunde lagen und die für die Nutzung und den Betrieb notwendig sind.

Die Erfahrung aus der Praxis beweist jedoch, dass die Brandschutzdokumentation bei bestehenden Gebäuden oft nicht existiert, mangelhaft oder unvollständig ist. Es zeigt sich außerdem, dass Bauherren großen Problemen haben, sich in allen Bauund Nutzungsphasen regelkonform zu verhalten. Das liegt zum einen daran, dass der Bauherr bei Übernahme des Gebäudes nicht die erforderlichen Unterlagen erhält, zum anderen auch daran, dass eine Fortschreibung von Unterlagen während der Nutzung unterbleibt.

Die Grundlagen dieses Handbuches sollen dem Anwender praxisorientiert dabei helfen, eine sinnvolle Entscheidung zu treffen. Hervorzuheben ist, dass nicht nur das Erfordernis von Unterlagen, sondern auch deren Sinn erläutert wird. Mit diesem Handbuch wird aus baupraktischer Sicht unter Berücksichtigung der formellen und materiellen Anforderungen aufgezeigt, welche Vorschriften bezüglich der Unterlagen bestehen, wo es erfahrungsgemäß Probleme gibt und wie sie sich im Vorfeld lösen lassen und wie der Bauherr seinem Anspruch auf Aushändigung der Unterlagen Nachdruck verleihen kann. Auf die berührten öffentlich-rechtlichen Vorschriften und sonstigen Bestimmungen wird themenspezifisch eingegangen. Bei länderspezifischen Vorschriften erfolgt die Erläuterung anhand der bayerischen Regelwerke.

In den meisten anderen Bundesländern gelten vergleichbare Vorschriften. Unmittelbar geltende Vorschriften der Europäischen Union werden ebenfalls berücksichtigt.

Die Gliederung des Handbuches orientiert sich nach Bayerische Bauordnung bzw. nach Leistungsphasen gemäß den Regelungen in der Honorarordnung für Architekten und Ingenieure, da sie den idealtypischen Beurteilungsmaßstab am besten darstellen.

Nur durch diese Unterlagen kann letztendlich das baurechtlich angestrebte Schutzniveau in Gebäuden nachgewiesen werden. Mit der Brandschutzdokumentation wird nachgewiesen, dass

- Gebäude den zum Zeitpunkt der Genehmigung und Errichtung geltenden Vorschriften und technischen Regeln entsprach,
- so gebaut und geprüft wurde wie genehmigt,
- etwaige Änderungen den zum Zeitpunkt der Änderung geltenden Vorschriften und technischen Regeln entsprachen,
- genehmigungspflichtige Änderungen genehmigt wurden und
- die erforderlichen wiederkehrenden Prüfungen, Wartungs- und Pflegeleistungen erbracht wurden.

Eine gut geführte Brandschutzdokumentation bringt jedoch mehr als nur einen Nachweis. Sie ist eine Gebrauchsanleitung für die Nutzung und den Betrieb. Sie trägt dazu bei, ausgeführte Brandschutzmaßnahmen besser zu verstehen.

Sie ist ein Nachschlagewerk, um gewünschte Änderungen hinsichtlich der Genehmigungsfähigkeit, erforderlicher Anpassungen des Brandschutzes und somit des Aufwands zielsicher abzuschätzen. Bei Neubewertungen des Gebäudes ist es möglich, den Umfang des Bestandsschutzes zu ermitteln.

Die in diesem Handbuch genannten Unterlagen sind insgesamt aufzubewahren. Bauherren und Betreiber sollten im eigenen Interesse eine vollständige Dokumentation bei Übernahme des Gebäudes einfordern und diese dann fortführen – und sie nicht als verzichtbare Administration abtun. Auch auf die Frage, ob das Bauvorhaben genehmigungspflichtig ist oder nicht, kommt es nicht an. Die Genehmigungsfreiheit entbindet nicht von der Verpflichtung zur Einhaltung der Anforderungen, die durch öffentlichen-rechtlichen Bestimmungen zunächst an die Unterlagen gestellt werden.

Grünwald, im November 2020

M. Eng. (FH) Suad Semic

Inhaltsverzeichnis

Über den Autor	7
----------------	---

Vorwort VII

${\bf Abk\"{u}rzungsverzeichnis} \quad XIII$

1	Allgemeines zur Dokumentation 1			
1.1	Begriffsbestimmung und Ablaufphasen 1			
1.2	Rechts- und Vertragsgrundlagen 2			
1.2.1	Bauordnungsrecht 4			
1.2.2	Privatrechtliche Rechtsbeziehungen 5			
1.2.3	Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen 10			
1.3	Anforderungen an die Unterlagen 11			
1.3.1	Zuständigkeiten 12			
1.3.2	Dokumentenübersichtsliste 14			
1.3.3	Unvollständigkeit oder Mangelhaftigkeit der Bauvorlagen 14			
1.3.4	Schrift- und elektronische Form 16			
1.3.5	Aufbewahrungs- und Herausgabepflichten 19			
1.3.6	Urheberrecht 21			
1.3.7	Haftung 22			
1.3.8	Ordnungswidrigkeiten 23			
1.4	Zweck und Qualitätsmerkmale im Bestand 24			
1.4.1	Dokumentation in Bestandsgebäuden 25			
1.4.2	Wirtschaftliche Vorteile 26			
1.4.3	Beweissicherung 27			
1.4.4	Qualitätsmerkmale und Bestandskraft der Unterlagen 27			
1.4.5	Archivierung von Unterlagen 28			
	Quellenhinweise 31			
2	Genehmigungsunterlagen 33			
2.1	Planungsleistungen 34			
2.1.1	Bauherr 36			
2.1.2	Entwurfsverfasser 37			

2.1.3	Heranziehung von Fachplanern 37				
2.1.4	Unternehmer 39				
2.1.5	Bauvorlage- und Nachweisberechtigung 40				
2.1.6	Genehmigungsplanung 41				
2.1.7	Beratungsleistungen 45				
2.2	Bauantrag 46				
2.2.1	Bauvorlagen 52				
2.2.2	Baubeschreibung zum Bauantrag 54				
2.2.3	Amtlicher Lageplan 54				
2.2.4	Bauzeichnungen 60				
2.3	Brandschutznachweis 62				
2.3.1	Schnittstelle zum Standsicherheitsnachweis 64				
2.3.2	Form des Brandschutznachweises 72				
2.3.3	Inhalt des Brandschutznachweises 73				
2.3.4	Brandschutzpläne 76				
2.3.5	Einteilung von Gebäuden in Gebäudeklassen und Sonderbauten 87				
2.3.6	Allgemeine Anforderungen an Bauteile 90				
2.3.7	Abschlüsse von Öffnungen in raumabschließenden Bauteilen 91				
2.3.8	Leitungsanlagen, Installationsschächte und -kanäle 102				
2.3.9	Lüftungsanlagen 106				
2.3.10	Nachweis der Rettungswege 108				
2.3.11	Löschwasserversorgung für wirksame Löscharbeiten 116				
2.3.12	Bescheinigungen, Planungsgutachten 118				
2.3.13	Blitzschutzanlagen 119				
2.3.14	Rechenverfahren nach DIN 18230-1 121				
2.3.15	Ingenieurmethoden des Brandschutzes 125				
2.3.16	Flächen für die Feuerwehr auf dem Grundstück 128				
2.4	Prüfung von bautechnischen Nachweisen 131				
2.4.1	Standsicherheitsnachweis 133				
2.4.2	Brandschutznachweis 137				
2.4.3	Prüfberichte und Bescheinigungen 139				
2.5	Abweichungen 147				
2.5.1	Abweichungen von materiellen Vorschriften 149				
2.5.2	Isolierte Abweichungen 151				
2.5.3	Abweichungen von den BayTB-Richtlinien 154				
2.5.4	Abweichungen von den BayTB für Bauprodukte/-arten 158				
2.5.5	Abweichungen von Ver- oder Anwendbarkeitsnachweisen 159				
2.5.6	Gutachten des DIBt 171				
2.6	Baugenehmigung 173				
2.6.1	Baugenehmigungsspezifische Nebenbestimmungen 174				
2.6.2	Inhalt der Baugenehmigung 175				
	Quellenhinweise 176				

3	Ausführungsunterlagen 179			
3.1	Planungsleistungen 180			
3.1.1	Ausführungsplanung 180			
3.1.2	Ausführungspläne 181			
3.1.3	Ausführungsplanung – konstruktiver Brandschutz 182			
3.1.4	Brandschutztechnische Infrastruktur 182			
3.1.5	Ausführungsplanung – Brandschutz 193			
3.1.6	Ausführungsunterlagen nach VOB/B 194			
3.2	Leistungsbeschreibung 196			
3.2.1	Leistungsphase 6 nach HOAI 196			
3.2.2	Leistungsverzeichnis und Leistungsprogramm 197			
3.2.3	Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen – Teil C 197			
3.2.4	Unvollständige und fehlerhafte Leistungsbeschreibungen 198			
3.3	Bauprodukte/-arten 200			
3.3.1	Allgemeine Anforderungen, Begriffsbestimmung 200			
3.3.2	Technische Regeln für Bauprodukte/-arten 203			
3.3.3	Ver- und Anwendbarkeitsnachweise 207			
3.3.4	Prüfzeugnisse, Klassifizierungsberichte 211			
3.3.5	Bauprodukte/-sätze nach Rechtsvorschriften der EU 219			
3.4	Baubeginn 235			
3.4.1	Voraussetzungen für Bauausführung 236			
3.4.2	Baubeginnsanzeige 240			
3.4.3	Errichtung des Gebäudes 240			
3.4.4	Objekt- und Bauüberwachung, Bauzustandsanzeige 248			
3.4.5	Änderungs- und Tekturgenehmigung 261			
3.4.6	Brandschutz während der Errichtung des Gebäudes 262			
	Quellenhinweise 264			
	AL			
4	Abnahme- und Prüfunterlagen 267			
4.1	Organisation der Abnahme/Prüfung 268			
4.2	Systematische Zusammenstellung der Unterlagen 269			
4.2.1	Rechtliche Grundlagen 271			
4.2.2	Aktenvermerke, Protokolle, E-Mails 272			
4.3	Privatrechtliche Abnahme 272			
4.3.1	Hauptpflichten 274			
4.3.2	Abnahme nach BGB/VOB 275			
4.3.3	Abnahme der Brandschutzingenieurleistungen 277			
4.4	Unterlagen zu Bauprodukten/-arten 278			
4.4.1	Ver- und Anwendbarkeitsnachweise 278			
4.4.2	Übereinstimmungsbestätigungen 278			
4.4.3	Nachweise nach EU-BauPVO 280			
4.4.4	Schottkataster 282 Priifung sigharhaitateahnisahar Anlagan 284			
4.5	Prüfung sicherheitstechnischer Anlagen 284			
4.5.1 4.5.2	Fachunternehmererklärung 286			
47/	an nemensamaden-emilleminimu /89			

4.5.3	Bescheinigung des Bezirksschornsteinfegers 306				
4.5.4	Weitere Prüfungen 308				
4.6	Berichte, Bescheinigungen und Bestätigungen 310				
4.6.1	Berichte und Bescheinigungen nach BayBO 311				
4.6.2	Bestätigungen nach BayBO 322				
4.6.3	Überwachung der Mängelbeseitigung in LPH 8 HOAI 325				
4.7	Aufnahme der Nutzung 329				
4.8	Leistungsphase 9 HOAI 331				
4.8.1	Mängel innerhalb der Verjährungsfristen 331				
4.8.2	Gebäudebestandsdokumentation 334				
	Quellenhinweise 335				
5	Instandhaltungsunterlagen 339				
5.1	Planunterlagen 340				
5.1.1	Feuerwehrpläne 340				
5.1.2	Feuerwehr-Laufkarten 341				
5.1.3	Flucht- und Rettungspläne 343				
5.1.4	Bestuhlungs- und Rettungswegeplan 349				
5.1.5	Weitere Pläne für Sonderbauten 351				
5.2	Bauaufsichtliche Betriebsvorschriften 353				
5.2.1	Brandschutzordnung 355				
5.2.2	Räumungskonzept für den Gefahrenfall 356				
5.2.3	Explosionsschutzdokument 362				
5.2.4	Feuerversicherung 364				
5.2.5	Brandschutzbeauftragter 364				
5.2.6	Werkfeuerwehr 367				
5.2.7	Baumaßnahmen im laufenden Betrieb des Gebäudes 368				
5.3	Wiederkehrende Prüfungen 372				
5.3.1	Wiederkehrende Prüfungen gemäß SPrüfV 373				
5.3.2	Weitere Prüfungen und Wartungsleistungen 375				
5.3.3	Prüfbücher 377				
5.3.4	Dauerhaftigkeit von Bauprodukten/-arten 377				
5.4	Prüfungen durch die Bauaufsichtsbehörde/Gemeinde 379				
5.4.1	Prüfungen durch die Bauaufsichtsbehörde 379				
5.4.2	Feuerbeschau 380				
5.5	Überprüfung der Standsicherheit 382				
	Quellenhinweise 386				

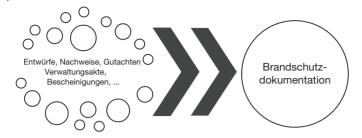


Abb. 1.1 Eine Menge von erforderlichen Unterlagen, die zu einem vereinheitlichen Brandschutzziel führen.



Abb. 1.2 Einteilung der Erstellung von Unterlagen in Ablaufphasen.

notwendig sind. Die Erstellung von Unterlagen erstreckt sich somit auf alle Phasen des Entstehens und Bestehens eines Gebäudes.

Um die erforderliche Qualität sowohl der Unterlagen als auch der Bauausführung gewährleisten zu können, wird ein besonderes Augenmerk des Handbuchs auf den Zuständigkeitsbereich der Baubeteiligten gelegt.

1.2 Rechts- und Vertragsgrundlagen

Inhalt und Umfang der Unterlagen bestimmen sich nach den komplexen und dynamischen Rechtsvorschriften, die für die Entscheidung über die Zulässigkeit des Bauvorhabens maßgebend sind. In diesem Rechtsbereich eine ordentliche Übersicht zu haben ist ausschlaggebend. In Abb. 1.3 ist eine Gliederung des Baurechts dargestellt, um das Handhaben in der Praxis zu erleichtern.

Anforderungen an die Unterlagen ergeben sich sowohl aus öffentlich-rechtlichen Vorschriften als auch aus den vertraglichen Vereinbarungen. Öffentlich-rechtliche Vorschriften in diesem Sinne sind zunächst die Vorschriften des Bauordnungs-

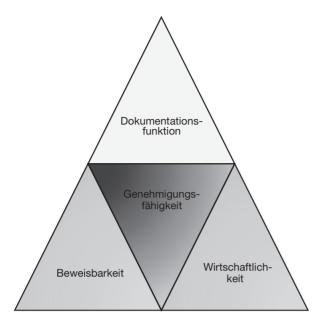


Abb. 1.7 Eckpunkte der brauchbaren Unterlagen.



Abb. 1.8 Beteiligung von weiteren Personen/Stellen an der Erstellung der Unterlagen.

den zuvor genannten Werkverträgen nach Abschn. 1.2.2.1 durch die entsprechenden Vereinbarungen zu konkretisieren.

An der Erstellung von Unterlagen werden/können weitere Personen/Stellen beteiligt sein, wie beispielhaft in Abb. 1.8 dargestellt. Nähre Informationen und konkrete Aufgaben hierzu sind in nachfolgenden Abschnitten zu finden.

Zuständigkeitsregelungen bezüglich der Nachweise für Bauprodukte/-arten sowohl auf nationaler als auch europäischer Ebene sind in Abschn. 3.3.1.1 und 3.3.5.4 ausführlich dargestellt.

Damit hat die BayBO öffentlich-rechtliche Aufgaben und Pflichten nahezu abschließend geregelt, um etwaige Konfliktpotenziale im Wesentlichen auszuschließen. Von besonderer Bedeutung ist hierbei die öffentlich-rechtliche Koordination der Zuständigkeiten. Sie ist für den ungehinderten Bauablauf maßgebend und liegt in eigener Verantwortung des Entwurfsverfassers bzw. des Bauherrn.

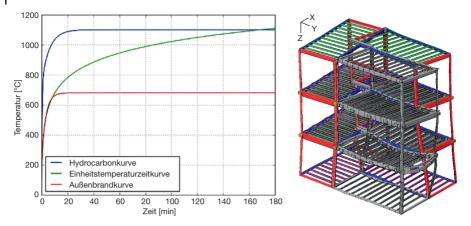


Abb. 2.8 Ein überhöhtes Verformungsbild eines Raumzellengebäudes bei Brandbeanspruchung durch ETK + Außenbrandkurve (BFT Cognos).

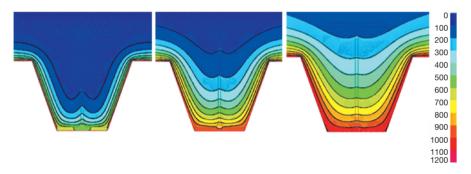


Abb. 2.9 Thermischer Querschnitt einer Kappendecke bei ETK-Beanspruchung nach 30, 90 und 180 min (BFT Cognos).

Die Ergebnisse der bereits genannten Standsicherheitsnachweise werden in den in Abschn. 2.4.1 genannten Fällen geprüft oder bescheinigt. In Abschn. 2.3.6 werden die Bauteile mit raumabschließender Funktion noch ergänzt beschrieben.

2.3.2 Form des Brandschutznachweises

Die Form des Nachweises ist nicht rechtlich vorgeschrieben. Wie sich aus § 3 Bau-VorlV ableiten lässt, kann der Brandschutznachweis bereits in den übrigen Bauvorlagen enthalten sein. Bei einfachen Bauvorhaben kann es genügen, die erforderlichen Brandschutzmaßnahmen nur im Lageplan und in den Bauzeichnungen einzutragen, gegebenenfalls mit weiteren Hinweisen in der Baubeschreibung. Ein zusätzlicher, separater Brandschutznachweis ist in diesem Fall nicht zu erstellen.

Als nächste Stufe kann es eine erweiterte Baubeschreibung geben; manchmal wird eine tabellarische Form bzw. eine Mischung aus beiden Varianten gewählt. Wie bereits oben dargelegt, kann der Nachweis nach § 11 BauVorlV in bestimm-





Abb. 2.14 Anschluss der Decke an die Außenwandkonstruktion (von oben/unten).

In Abb. 2.14 sind nur Stahlbleche sowohl auf der Ober- als auch auf der Unterseite der Decke zu sehen.

Eine nahezu gleichlautende Regelung gilt entsprechend des Art. 26 BayBO auch für hinterlüftete Außenwandbekleidungen und für Doppelfassaden mit geschossübergreifenden Hohl- oder Lufträumen, die zwischen der Doppelfassadenkonstruktion vorhanden sind bzw. mehrere Geschosse verbinden und deshalb besondere Vorkehrungen im Bereich der Geschossdecke erfordern.

Alle drei Regelungen sind bei der Planung und Ausführung von Außenwandkonstruktionen zu berücksichtigen und entsprechend zu dokumentieren. In den Detailzeichnungen sind alle für die Ausführung und für die Prüfung wichtigen Bauteile vollständig darzustellen, insbesondere Maße und Baustoffe der Bauteile, die Ausbildung der Anschlüsse, die Anzahl und Anordnung der Befestigungsmittel sowie die erforderliche Stöße und Überlappungen.

Nicht zwingend vorgeschrieben, aber zu empfehlen sind unbedingt die vorgenannten Details mit der Materialprüfanstalt (MPA) entsprechend Abschn. 2.5.5.2 vor der Ausführung abzustimmen und festzulegen, da diese in vielen Fällen nicht explizit durch den Ver- oder Anwendbarkeitsnachweis oder durch Technische Regeln abgedeckt sind.

2.3.4.4 Anschlüsse von Anbauten

Schutzziel des Anschlusses von Anbauten im Sinne des Art. 30 BayBO ist eine Brandausbreitung von niedrigeren Anbauten auf darüberliegende Brandabschnitte zu vermeiden. Aufgrund dessen müssen Dächer von Anbauten, wie beispielhaft in Abb. 2.15 gezeigt, die an Außenwände mit Öffnungen oder ohne Feuerwiderstandsfähigkeit (weißer Pfeil) anschließen, raumabschließende Bauteile für eine Brandbeanspruchung von innen nach außen, und zwar innerhalb eines Abstands von 5 m (schwarzer Pfeil) haben. Die Mindestanforderung an die Feuerwiderstandsfähigkeit von Anbauten ist von der Decke, an die sie angebaut werden, abhängig. Die Anforderungen an die Decke werden wiederum in Abhängigkeit von der Gebäudeklasse bestimmt (s. Abschn. 2.3.5).

Anlage 9

Bescheinigung Standsicherheit I (Vollständigkeit und Richtigkeit des Standsicherheitsnachweises nach Art. 62 Abs. 1 Satz 4 BayBO, Art. 62a Abs. 2 und § 13 Abs. 4 PrüfVBau)

Bescheinigung über die Standsicherheit Teilbescheinigung Abschließende Bescheinigung						
Auft	ragsnummer/-jahr:					
<u>l</u>	Angaben zum Bauvorhaben					
1.	1. Bauherr					
	Name		Vorname			
	Straße, Hausnummer		PLZ, Ort			
	Telefon (mit Vorwahl)		Fax			
	E-Mail					
2.	Vorhaben					
	Genaue Bezeichnung des Vorhabens, evtl. Bauabschnitt					
3.	Baugrundstück					
	Gemarkung Flur-I		Nr. Gemeinde			
	Straße, Hausnummer		Gemeindeteil			
Verwaltungsgemeinschaft						
4.	Zuständige Bauaufsichtsbehörde					
Zustandige Bauaursichtsbenorde Name						
	Straße, Hausnummer		PLZ, Ort			
	Telefon (mit Vorwahl)		Fax			
	E-Mail					
5.	F. b b					
5.	Entwurfsverfasser Name		Vorname			
	Straße, Hausnummer		PLZ, Ort			
	Telefon (mit Vorwahl)		Fax			
E-Mail						

3

Ausführungsunterlagen

Die Genehmigungsunterlagen sind von Ausführungsunterlagen zu trennen. Die erteilte Baugenehmigung hat unter anderem den Zweck, die Fortsetzung des inzwischen eingeleitetes Bauprozesses zu ermöglichen. Naturgemäß nur unter der Voraussetzung, dass eine korrekte Aufnahme der etwaigen Genehmigungsauflagen in den Ausführungsunterlagen gewährleistet ist. Einen Überblick über die Zusammenhänge zeigt die schematische Darstellung in Abb. 3.1.

Ausführungsunterlagen, die für die Errichtung des Gebäudes erstellt werden bzw. vor der jeweiligen Bauausführung/Bauleistung dem Unternehmer vorliegen müssen, sind insbesondere:

- Ausführungspläne (Abschn. 3.1.2),
- Bautechnische Nachweise (Abschn. 2.4),
- · Leistungsbeschreibungen (Abschn. 3.2) und
- Bauprodukt/-artnachweise (Abschn. 3.3).

Das sind diejenigen Teile der LPH 5 und 6 HOAI [1] die zur vollständigen Darstellung der Ausführungsplanung erforderlich sind. Hierzu gehört auch, dass die Form,

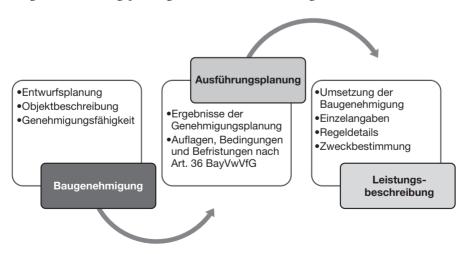


Abb. 3.1 Fortsetzung des Bauprozesses nach der Genehmigungserteilung.

Art und der Umfang der Ausführungsunterlagen insbesondere im Hinblick auf die Verbindlichkeit der LPH 8 und 9 HOAI [1] (Abschn. 1.4.5, 4.2 und 4.8.2) zwischen den am Bau Beteiligten klar zu definieren sind. Somit bleibt allerdings die Frage, in welcher Qualität bzw. in welchem Dateiformat diese Unterlagen unter Einbeziehung des gesamten Lebenszyklusprinzips des Gebäudes zu übergeben sind.

3.1 Planungsleistungen

3.1.1 Ausführungsplanung

Im Rahmen der LPH 5 nach § 34 HOAI bzw. nach Erteilung der Baugenehmigung sind die ausführungsreifen Planungsleistungen, welche auf der Grundlage der Entwurfs- und Genehmigungsplanung sowie auf allen sonstigen verfügbaren und einschlägigen Informationen basieren, zu erarbeiten und zeichnerisch vollständig für die Bauausführung darzustellen. Schwerpunkt dieser Leistungen ist die Erstellung der Ausführungspläne mit allen für die Errichtung des Gebäudes notwendigen Einzelangaben, die gleicherweise den Zweck für die Erstellung der Leistungsbeschreibungen (Abschn. 3.2) und etwaige Änderungswünsche des Bauherrn erfüllen sollen. Gleichzeitig mit den Ausführungsplänen des Objektplaners sind die Ausführungspläne von anderen an der Planung fachlich Beteiligten gemäß den §§ 51 und 55 HOAI zu erstellen bzw. fortzuschreiben.

Bei den Ausführungsplänen handelt es sich um die tatsächliche Umsetzung des Brandschutznachweises, die erforderlich sind, um die vertraglich vereinbarten Leistungen konform mit der Genehmigung ausführen zu können. Zu den Ausführungsplänen gehören:

- 1. Ausführungspläne gemäß § 34 LPH 5 HOAI Objektplanung,
- 2. Ausführungspläne gemäß § 51 LPH 5 HOAI Tragwerksfachplanung,
- 3. Ausführungspläne gemäß § 55 LPH 5 HOAI TGA-Fachplanung.

Die Pflicht, Ausführungspläne anfertigen/anpassen zu lassen, trifft den Bauherrn. Nach Maßgabe des Art. 51 BayBO [2] ist der Architekt nicht nur für seinen Entwurf verantwortlich, sondern auch dafür, dass die notwendigen Einzelzeichnungen, Einzelberechnungen und Anweisungen den öffentlich-rechtlichen Vorschriften entsprechen. Der Entwurfsverfasser ist zur Ausarbeitung der Ausführungspläne nur dann verpflichtet, wenn er vom Bauherrn dazu beauftragt ist.

Dem Bauherrn steht es frei, diese Unterlagen von einem anderen geeigneten Fachplaner liefern zu lassen. Dieser Fachplaner ist dann anstelle des Entwurfsverfassers nach Art. 51 BayBO dafür verantwortlich, dass die Ausführungszeichnungen den öffentlich-rechtlichen Vorschriften entsprechen.

Wie bereits in den zuvor genannten Leistungsphasen dargelegt, müssen auch hier die Fachplaner, dem fortgeschrittenen Planungsstand entsprechend, koordiniert werden. Im Rahmen der Ausführungsplanung muss der Architekt also insgesamt für die lückenlose Koordination und Integration aller Fachplanungen abschließend sorgen. Es müssen insbesondere Abstimmungen in formeller Hinsicht der Planän-

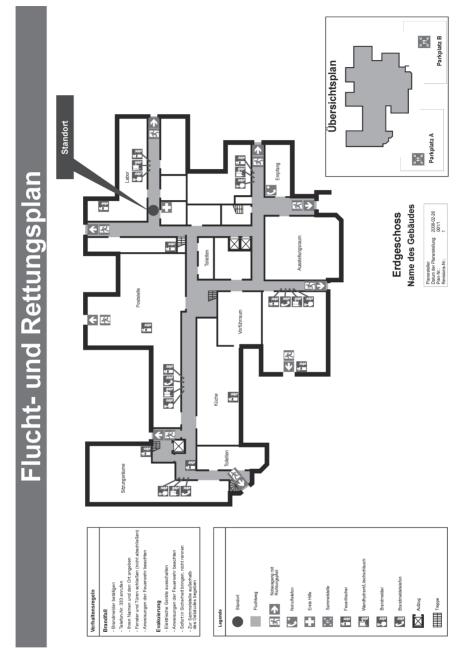


Abb. 5.3 Beispiel eines Flucht- und Rettungsplanes.

- Zugänglichkeiten zur Treppenräumen, Brandmelde- oder Sprinklerzentralen und deren Kennzeichnung,
- Feststellungen, wie der Brandschutz verbessert werden kann.

Zur Durchführung der Feuerbeschau können die Gemeinden nach § 3 FBV Vertreter der örtlichen Feuerwehr sowie den zuständigen Bezirkskaminkehrermeister hinzuziehen und Nachweise über die Durchführung und das Ergebnis der Feuerbeschau im Hinblick auf die Mängelfeststellung und deren Beseitigung verlangen. Über die Feuerbeschau wird in der Regel auf der Grundlage der Brandschutzdokumentation ein Protokoll erstellt, in dem festgestellte Mängel und gegebenenfalls mögliche Lösungsansätze dargestellt sind.

Das Anhörungsrecht nach Art. 28 BayVwVfG [19] bleibt dabei naturgemäß nicht unberücksichtigt. Dem Eigentümer wird die Gelegenheit gegeben, sich zum Sachverhalt der festgestellten Mängel gegenüber der Gemeinde zu äußern. Von der Anhörung kann unter den Voraussetzungen des Art. 28 BayVwVfG ebenfalls abgesehen werden, insbesondere wenn wegen Gefahr im Verzug eine sofortige Entscheidung im öffentlichen Interesse erforderlich ist. Es reicht dabei, wenn eine konkrete Gefahr, wie in Abb. 5.12 dargestellt, vorliegt. Das Fehlen eines zweiten Rettungsweges stellt eine konkrete Gefahr dar.

Festgestellte Brandschutzmängel können ebenfalls Anlass für ein Einschreiten der Bauaufsichtsbehörde sein. Zum Beispiel unterrichtet die Gemeinde aufgrund § 6 FBV möglichst zeitnah die zuständige Bauaufsichtsbehörde in den dort genannten Fällen – in erster Linie im Hinblick auf die bauordnungswidrigen Zustände,

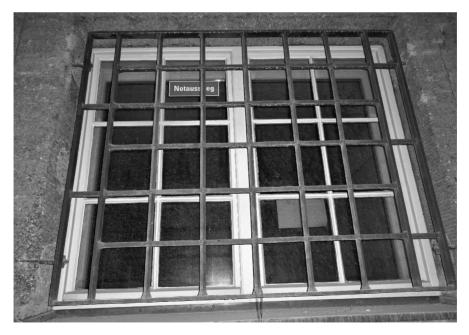


Abb. 5.12 Die Benutzbarkeit des zweiten Rettungsweges ist nicht möglich (= konkrete Gefahr).